

Fraktionsantrag	Vorlagen-Nr.: VO/6333/2018
	Status: öffentlich
	Datum: 21.06.2018
Antragstellende Fraktion/en: Marburger Linke	

Beratungsfolge:		
Gremium Stadtverordnetenversammlung	Zuständigkeit Entscheidung	Sitzung ist Öffentlich

Dringlichkeitsantrag der Fraktion Marburger Linke betr. Versorgung der Marburger Bevölkerung mit grundlegenden Dienstleistungen der Post AG

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird aufgefordert, gegenüber Post AG darauf zu dringen, dass durch entsprechende Maßnahmen die Versorgung der Marburger Bevölkerung bei der Brief- und Paketzustellung deutlich verbessert wird.

Begründung:

Wie kürzlich erneut öffentlich wurde, häufen sich auch in Marburg die Missstände bei der Zustellung von Briefpost und Paketen für Privatkunden, also für die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger. Sie betreffen aber selbst in Zeiten des elektronischen Briefes einen nicht unerheblichen Bereich der Kommunikation, also des gesellschaftlichen Lebens.

Die Klagen über die Versorgung nehmen seit der Privatisierung der Postdienstleistungen ständig zu. Sprach man noch in jüngerer Zeit von sozialen Aufgaben des Postboten, der Postbotin, so sind heute offensichtlich die grundlegenden Ansprüche an postalische Kommunikation nicht mehr gewährleistet, weil sie den Ansprüchen an Gewinnmargen nicht genügen. Zustellzeiten werden verringert, das Filialnetz ausgedünnt, die Zahl der Beschäftigten drastisch gesenkt, die Arbeitsbedingungen verschlechtert. Die Bereitstellung von Postdienstleistungen gehört aber in den Bereich der gesellschaftlichen Daseinsvorsorge. Insofern ist es angemessen, dass sich öffentliche Instanzen wie das Stadtparlament für eine deutliche Verbesserung in diesem Bereich einsetzen.

Renate Bastian

Jan Schalauske